



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

13. Dezember 2024

Sitzung des Stadtrates am 18.12.2024

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum BLACKOUT-Konzept für die Stadt Halle (Saale)

Vorlagen Nummer: VIII/2024/00615

TOP: 10.6

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet einen rechtswidrigen Eingriff in die Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten. Ein nicht nur kurzfristiger flächendeckender Stromausfall wird regelmäßig als Katastrophenfall im Sinne des § 1 Abs. 2 Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG-LSA) einzustufen sein, also als Notstand, bei dem Leben, Gesundheit oder die lebenswichtige Versorgung einer Vielzahl von Personen oder erhebliche Sachwerte gefährdet oder wesentlich beeinträchtigt werden und zu dessen Abwehr oder Eindämmung der koordinierte Einsatz der verfügbaren Kräfte und Mittel unter einer gemeinsamen Gesamtleitung erforderlich ist. Der Katastrophenschutz obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises, §§ 2 Abs. 1, 2a Abs. 1 KatSG-LSA. Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises erledigt der Hauptverwaltungsbeamte nach § 66 Abs. 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in eigener Zuständigkeit.

Unabhängig davon hat sich die Stadtverwaltung seit Eintritt der Gasmangellage im Jahr 2022 unter Einbeziehung der Stadtwerke Halle GmbH auf flächendeckende Stromausfälle vorbereitet und dabei unter anderem auch Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Kommunikation und Mobilität betrachtet. Seit dem Jahr 2023 wurden die Ortswehren der Freiwilligen Feuerwehr im Rahmen des Leuchtturmkonzepts vorbereitet. So wurden Einspeisepunkte für Netzersatzanlagen bzw. Notstromaggregate installiert. Außerdem werden die Ortswehren bereits jetzt bei Stromausfällen als Anlaufpunkt für die Bevölkerung aktiviert.

Dennoch sind die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen. Ein Konzept befindet sich gegenwärtig verwaltungsintern im Abschluss und soll Anfang 2025 fertiggestellt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit ist im Anschluss vorgesehen.

Oberbürgermeister